

Rathaus, Spanischer Bau

50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.06.2016

**AN/1240/2016**

## **Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	28.06.2016

### **Für eine langfristig ausgerichtete, aktive Flächenbevorratungspolitik! - Ergänzungsantrag zu TOP 3.1.1 "Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!"**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Ergänzungsantrag zu TOP 3.1.1 „Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!“ auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu nehmen:

#### **Beschluss:**

Als weitere Absätze sind unter Punkt 1 einzufügen:

Köln verfolgt künftig eine langfristig ausgerichtete, aktive Flächenbevorratungspolitik. Ziel ist es, dass mehr und vor allem für die Stadtentwicklung bedeutsame Grundstücke der Stadt zur Verfügung stehen und dauerhaft unter städtischer Kontrolle verbleiben.

- a) Die Liegenschaftsverwaltung wird aufgefordert, gezielt Flächen für den Wohnbau, den Bau von städtischen Kitas und Schulen und für die Ansiedlung von Gewerbe zu suchen und anzukaufen.

Hierbei ist die Liegenschaftsverwaltung durch Flächenscouts zu unterstützen. Die Flächenscouts arbeiten mit der Schul- und Jugendverwaltung, dem Wirtschaftsdezernat, mit dem Dezernat Bauen und Planen, sowie mit der städtischen GAG zusammen.

- b) Es ist ein Liegenschaftskonzept zu entwickeln, in dem Verkäufe städtischer Grundstücke grundsätzlich ausgeschlossen sind.

- c) Im Falle, dass die Realisierung privatwirtschaftlicher Investitionen auf städtischen Grundstücken in öffentlichem Interesse ist, findet die Umsetzung künftig nicht über einen Verkauf des Grundstückes, sondern über Erbbauverträge statt.

**Begründung:**

Flächen in Köln sind knapp. Strategische Stadtentwicklung ist aber mit eigenen Flächen schneller und nachhaltiger zu realisieren. Aus diesem Grund benötigt Köln eine langfristig ausgerichtete und aktive Flächenbevorratungspolitik. Köln sollte sich hierbei an der Liegenschaftspolitik der Stadt Amsterdam orientieren.

Amsterdam ist in vielerlei Hinsicht ein Vorbild der Stadtentwicklung in Europa. Das Bevölkerungswachstum in Amsterdam ist rasanter als in Köln. Fast das gesamte Land in der niederländischen Metropole ist in öffentlicher Hand. Es wird kein Land verkauft, sondern in Erbpacht für 66 Jahre vergeben. Mit dieser vorrausschauenden Flächenpolitik gelingt es, die Bevölkerung gut mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Auch die Interessen von Investoren werden angemessen berücksichtigt: Amsterdam ist eine florierende Wirtschaftsmetropole, in der die Flächennachfrage von Industrie, Handel und Gewerbe gut bedient werden kann.

Bei stadteigenen Flächen ist der Einfluss auf den (städtischen) Investor im Wohnbau größer. Der Rat kann bestimmen, welche Wohnungen zu welchem Mietpreis gebaut werden. Im sozialen Wohnungsbau besteht auch nach der Förderlaufzeit Einfluss auf die Mietpreisgestaltung.

Die Versorgung der Kölner Bevölkerung mit Kitaplätzen ist nicht ausreichend. Dies ist ein Hemmnis für die Berufsausübung junger Eltern und behindert die Bildung der Kinder. Die Stadt muss selbst Kitas bauen und betreiben. Durch eine kluge Flächenpolitik kann die Stadt einen strategischen Vorteil gegenüber Privatinvestoren gewinnen.

Schulen sind stark im Wandel. Abgeschlossene Klassenräume mit Frontalunterricht gehören der Vergangenheit an. Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung und mit unterschiedlichen Begabungen ist die Zukunft des Lernens. Solche Schulen brauchen mehr Platz, sie sind in die Quartiere zu integrieren. Die Stadt muss für die Zukunftsaufgabe Flächen besitzen, um den hohen Bedarf befriedigen zu können.

In der wachsenden Stadt müssen Arbeitsplätze für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden. Auch für Arbeitnehmer/innen, die keinen Hochschul-oder Meisterabschluss vorweisen können. Die IHK beklagt schon heute, dass Gewerbeflächen fehlen und sieht fälschlicherweise die Ursache in der Konkurrenz zu Wohnbauflächen als Ursache. Tatsächlich gibt es potentielle Gewerbeflächen, die von Grundbesitzern aus Spekulationsgründen nicht zügig entwickelt werden. Durch einen hohen städtischen Anteil auch an den Gewerbeflächen kann dieser Spekulation der Boden entzogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE